

Landtags-Pension in der Kritik

Abgeordnete zahlen keinen Cent für ihre Altersversorgung – ihre Bezüge sind aber dreimal so hoch wie die Rente von Arbeitnehmern. Kommt jetzt ein Anlauf zur Reform?

VON HAGEN EICHLER

MAGDEBURG/MZ. Erstmals seit Jahren gibt es in Sachsen-Anhalt Chancen für eine Reform der Abgeordnetenpensionen. Kandidaten mehrerer Parteien wollen im Fall ihrer Wahl durchsetzen, dass Landtagsmitglieder wie normale Arbeitnehmer Beiträge für ihre Altersversorgung einzahlen. Die Politiker reagieren damit auf einen Vorstoß der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen.

Abgeordnete bekommen aus der Steuerkasse eine Pension, die sich an der Höhe der Diäten orientiert. Wer zehn Jahre, also zwei Legislaturperioden, dem Landtag angehört, bekommt gemäß der ab Juli geltenden Diätenhöhe eine Pension von 2.724 Euro. Zum Vergleich: Die gesetzliche Rente beträgt nach zehn Jahren maximal 850 Euro. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen spricht daher von „Luxuspensionen“ für Abgeordnete.

Der Magdeburger Christopher Isensee, der sich im Vorstand der Stiftung engagiert, hält die Pensionen für ein Ärgernis. „Die derzeitige

Altersversorgung der Abgeordneten ist von der Lebensrealität der Bevölkerung abgekoppelt“, kritisiert der 34-Jährige. Sie führe zu hohen Ansprüchen bereits nach kurzer Mandatszeit. Zudem sei die Versorgung unabhängig von der demografischen Entwicklung sowie vom Zinsniveau.

Gemeint ist: Während die gesetzliche Rente und private Absicherungen von Risiken belastet sind, gilt das nicht für die Pensionen. Das werde von vielen als ungerecht empfunden „und belastet das Vertrauen in demokratische Institutionen“, heißt es in einer Petition an den Landtag, die Isensee eingereicht hat. Als Lösung schlägt die Stiftung vor, allen Abgeordne-

„Die Versorgung ist von der Lebensrealität abgekoppelt.“

**Christopher Isensee
Generationen-Stiftung**

ten einen monatlichen Vorsorgebeitrag auszuführen, den sie dann in die gesetzliche Rentenversicherung oder eine private Altersvorsorge stecken können. Die Summe soll dem Maximalbeitrag der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechen, aktuell 1.572 Euro.

Um Druck auszuüben, hat die Stiftung jetzt rund 200 Politiker angeschrieben, die bei der Landtagswahl am 6. September kandidieren, viele davon auf aussichtsreichen Plätzen. Die Renten-Aktivisten wollten wissen, ob die Kandidaten bereit sind, innerhalb von sechs Monaten nach der Wahl eine Umstellung des Systems auf den Weg zu bringen. 32 Kandidaten sagten das zu.

Darunter waren der Stiftung zufolge 17 Bewerber der Grünen, acht der Linken, je zwei der CDU, der SPD und des BSW sowie einer der FDP. Aus der AfD gab es keine Zusage. Zu den Reform-Unterstützern gehören Grünen-Spitzenkandidatin Susan Sziborra-Seidlitz, BSW-Landeschef John Lucas Ditrach und der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, Stefan Gebhardt. Zusagen aus der

CDU kamen von dem Abgeordneten Sven Rosomkiewicz und dem Wittenberger Landtagskandidaten Nico Elsner, zugleich Landeschef der Jungen Union. Diese hat die CDU-Landtagsfraktion bereits offiziell aufgefordert, sich für eine Reform einzusetzen.

33 weitere von der Stiftung befragte Politiker zeigten sich unter bestimmten Bedingungen für die Abschaffung der Pension offen, 31 lehnten sie ab. So erklärte CDU-Landtagsfraktionschef Guido Heuer, die aktuelle Regelung erfülle ihren Zweck: Sie gleiche fehlende Rentenanwartschaften aus, sichere die Unabhängigkeit des Mandats und berücksichtige die Bedingungen eines politischen Amtes. 106 Politiker antwortet trotz Nachfrage nicht.

Abgeordnete erhalten in Sachsen-Anhalt als Pension drei Prozent der monatlichen Diät – ab Juli sind das 274 Euro – multipliziert mit der Zahl der Abgeordnetenjahre, wobei das Maximum nach 23 Jahren erreicht ist. Bei der prozentualen Höhe liegt Sachsen-Anhalt im Vergleich aller Landtage im Mittelfeld. **Kommentar**